

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen

Sowohl auf Bundes- wie auch Länderebene wurde durch die Verabschiedung entsprechender Gleichstellungsgesetze ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik eingeleitet. Gleichzeitig wurden durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände zentrale Aufgaben der Behindertenhilfe auf die kommunale Ebene verlagert. In vielen Bundesländern werden Modellversuche zur Einführung eines „Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen“ (PB) durchgeführt.

Die Grundidee des PB lässt sich wie folgt zusammenfassen. Menschen mit Behinderungen erhalten einen bedarfsorientierten Geldbetrag, mit dem sie selbst die für sie erforderlichen Unterstützungsleistungen „einkaufen“ können. Behindertenverbände verbinden damit mehr Selbstbestimmung und Teilhabe betroffener Menschen am normalen gesellschaftlichen Leben, der Grundsatz „ambulant vor stationär“ soll durch stärkere Individualisierung und Enthospitalisierung der Hilfen so weit wie möglich umgesetzt werden.

Auch der Paritätische Mannheim behandelte auf einer Veranstaltung am 21. März die Thematik und lud als Referentin Frau Melanie Fritz vom Paritätischen Gesamtverband, die in ihrem Vortrag eine Übersicht zum PB gab*. Hier wurde deutlich, dass es mit Blick auf die laufenden Modellversuche bei der Umsetzung des PB noch viele offene Fragen gibt. Mit Blick auf die unterschiedlichen Behinderungsarten (psychische, seelische und Körperbehinderungen) wird es wohl auch in Zukunft unterschiedliche Versorgungsstrukturen geben.

Behindertenverbände warnen inzwischen vor zu großen Erwartungen mit dem Hinweis, dass das PB für den überwiegenden Kreis der Heimbewohner/innen nicht in Betracht komme und mit der Befürchtung, dass die für die individuelle Versorgung notwendigen Hilfebedarfe nicht anerkannt werden. Vielmehr müsse damit gerechnet werden, dass das PB von Politik und Behörden als Instrument zur Kostensenkung missbraucht werden könnte.

Der mittlerweile seitens des Sozialministeriums Bad.-Württemberg vorliegende Abschlussbericht der PB-Modellversuche* kommt zwar zu dem Ergebnis, dass die Einführung PB für viele Betroffene eine Chance darstellen könnte, dennoch mussten Probleme eingestanden werden. Die eigentliche „Zielgruppe“ des PB, nämlich die körperlich behinderten Menschen, wurde - wie auch in Rheinl.-Pfalz - nicht erreicht. Bei den Teilnehmer/innen am PB handelte es sich zudem ausschliesslich um Menschen mit niedrigem und mittlerem Hilfebedarf. Vor allem auch die Regelung, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ dann nicht gilt, wenn die stationäre Unterbringung kostengünstiger ist, stimmt wenig hoffnungsfroh.

* Wichtige Infos des Gesamtverbandes zum PB findet man unter www.budget@paritaet.org. Der Vortrag von Frau Fritz kann als powerpoint-Präsentation beim Kreisverband angefordert werden.

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde des Paritätischen,

auf Einladung des Mannheimer Kreisvorstandes fand jüngst ein Gespräch mit dem neu gewählten Landesvorsitzenden des Paritätischen, Herrn Weimer, und Hansjörg Böhringer, dem Landesgeschäftsführer, statt.

Herr Weimer gab zu erkennen, dass er dem Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung und Zusammenarbeit nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch zwischen den Kreisverbänden und dem Landesverband, offen gegenüberstehe. Er betonte, daß die Verbände der Wohlfahrtspflege nur gemeinsam den politischen Rahmenbedingungen begegnen könnten. Gegen weitere soziale Einschnitte könne man nur koordiniert vorgehen. Die Verwaltungsreform dürfe nicht zur Sanierung kommunaler Haushalte missbraucht werden. Kritisch äußerte er sich zu Benchmarkingmethoden, die häufig als „Kampfinstrument“ zur Erosion sozialer Standards auf kommunaler Ebene eingesetzt werden.

Er habe ein großes Interesse daran, die jeweiligen Basisstrukturen vor Ort kennen zu lernen und sei bereit, zu Mitgliederversammlungen vor Ort zu kommen. Der Kreisverband wird dieses Angebot sicherlich nicht abschlagen und fasst dies als Signal auf, den begonnen Weg fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Weichert.

Verbandliches und Sozialpolitisches

Pro Familia: Jahresbericht 2005 Beratungsbedarf bei Schwangerschaft steigt

Auf einer Pressekonferenz stellten die Mitarbeiterinnen von Pro Familia Mannheim die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte in 2005 vor. Die Beratungszahlen und die Komplexität der Beratung für **Schwangere** nahmen nicht zuletzt aufgrund der Hartzgesetze zu. Allein bei der sozialen Beratung für Schwangere gab es im Vergleich zu 2004 eine Zunahme von 342 auf 1292 Beratungen. Probleme gab es insbesondere bei der Gewährung einmaliger Beihilfen.

Nach dem gesetzlichen Auftrag berät Pro Familia Schwangere umfassend zu sozialen Hilfen und Problemen rund um das Thema Schwangerschaft. Schwerpunkte der Beratung waren Hartz IV, aber auch das Zuwanderungsgesetz. Bei den Klientinnen herrschte große Verunsicherung in Bezug auf einmalige Hilfen, es gab bei der Leistungsgewährung auch viele Missverständnisse und Unkenntnis in der behördlichen Verwaltung. Dies betraf vor allem die Höhe der zu gewährenden Leistungen bei der Schwangerenpauschale, aber auch bei den Beihilfen für Babys (Kinderbett etc.). Zwar gibt es mittlerweile in Mannheim wenigstens einheitliche Beihilfewerte, dennoch seien diese Leistungen im Vergleich zu anderen baden-württembergischen Städten mit Abstand die geringsten.

Auch Mittel für die Familienplanung (Sterilisation, Spirale etc.) würden im Gegensatz zu früher nicht mehr gewährt. Weiterer Problemkreis sind die Überschuldung zahlreicher Klientel sowie die Mietkosten; denn Schwangere, die noch im Elternhaushalt leben, bräuchten dringend eine eigene Wohnung; es sei aber eine Illusion, für 4,60 EUR netto pro qm in Mannheim eine entsprechende Wohnung zu finden.

Nach den gemachten Erfahrungen sei es dringend notwendig, alle betroffenen Frauen im Sinne einer erfolgreichen Rechtsdurchsetzung aufzufordern, sich im Vorfeld beraten zu lassen.

=> **Pro Familia bietet jeden Montag und Mittwoch zwischen 14.00 und 15.00 Uhr eine Telefonsprechstunde unter (0621) 103833 an.**

Foto-Ausstellung bis Ende Mai: „gesternJahre – 50 Jahre gastArbeiter“

Vor 50 Jahren unterschrieb Deutschland mit Italien den ersten Anwerbevertrag über Arbeitskräfte. Viele der sogenannten „Gast-Arbeiter“ blieben, auch wenn sich ihnen Deutschland nur ungern als eine neue Heimat anbot. Als Teil der deutschen Geschichte und Gegenwart finden Migranten selten Erwähnung.

Anlässlich der 50-Jahr-Feier dieses anderen deutschen Jubiläum präsentieren die UnMündigen, ein MigrantInnenverein der 2. und 3. Generation, die Ausstellung „gesternJahre – 50 Jahre gastArbeiter“. Sie zeigt neben persönlichen Fotos der Gastarbeiter von einst etliche Texttafeln, die schlaglichtartig beleuchten, wie diese Menschen *ihre* deutsche Geschichte und Gegenwart sehen.

„gesternJahre“ reduziert die Migranten nicht zu Ausstellungsobjekten, als ob sie Menschen vergangener Tage wären. Anhand von Selbstzeugnissen, wie persönlichen Fotografien von früher und Gesprächsaussagen von heute präsentiert sie die Migranten als *Akteure* der deutschen Nachkriegsgeschichte. Durch ihren Verzicht auf ‚fremde‘ zeithistorische Dokumente fängt sie ausschließlich die Perspektive der ‚Gastarbeiter‘ auf sich und ihre neue Heimat ein.

=> **Die Ausstellung ist zu sehen im Markthaus, Floßwörthstr. 3-9, 69199 Mannheim (Gewerbegebiet). Tel. (0621) 83368-0, www.markthaus-mannheim.de.**

Mitgliederversammlung des Paritätischen

Die Auswertung der Etatberatungen standen im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung des Paritätischen Mannheim, die am 21. März stattfand. Im Anschluss an die Versammlung wurde eine Veranstaltung zum Thema „Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen“ angeboten.

Zum ersten Mal konnte Vorsitzender Thomas Weichert auch die Stadträtin Frau Thirion-Brenneisen sowie die Herren Stadträte Schäfer und Schlichter begrüßen. Im Sinne des Ausbaus der Kontakte zu Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates sollen sie auch bei zukünftigen Kreismitgliederversammlungen als Gäste eingeladen werden.

Sowohl der Paritätische als Dachverband wie auch die Mitgliedsverbände blieben nach aktuellem Sachstand von weiteren Zuschusskürzungen verschont. Begrüßt wurde aber insbesondere, dass die AG Barrierefreiheit einen laufenden Betriebskostenzuschuss für ihre Arbeit erhält. Weiter transportierte der Kreisvorstand auch die Forderung nach einem städtischen Behindertenbeauftragten, mit dem zumindest inoffiziell zu rechnen ist. Insofern wurden die wichtigsten Forderungen des Paritätischen wie Bestandsschutz für die Mitglieder erfüllt.

In der Diskussion zum Verfahren bei der Gewährung von Zuschüssen kann wohl damit gerechnet werden, dass für kleinere Zuschussempfänger eine Bagatellgrenze eingeführt wird, wodurch sich komplizierte Abrechnungsnachweise erübrigen.

Sozial- und Gesundheitspolitik

Kein Platz für Gewalt - 25 Jahre Mannheimer Frauenhaus

Seit 1961 bietet der Mannheimer Frauenhausverein e. V., unter dessen Dach sich die Einrichtungen Frauenhaus und Fraueninformationszentrum (FIZ) vereinigen, misshandelten Frauen und Kindern Schutz vor häuslicher Gewalt. In dieser Zeit hat sich ein breites und vielfältiges professionelles Angebot entwickelt.

Das Jubiläum wurde zum Anlass für eine Veranstaltungsreihe genommen, die am 18. März, dem Internationalen Frauentag, im Kundenzentrum der MVV mit der Ausstellung „Mord und Totschlag – häusliche Gewalt gegen Frauen“, begann. Die Reihe setzte sich fort mit weiteren Veranstaltungen wie einer Podiumsdiskussion zu den Landtagswahlen, dem spanischen Film „Öffne meine Augen“ im Cinema-Quadrat, einem Benefizkonzert in der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst oder einem Vortrag über Zwangsheirat und Ehrenmord im Frauenbuchladen Xanthippe. Als Höhepunkt wurde unter der Schirmherrschaft von Eugene Naidoo und MdB Lothar Mark mit zahlreichen Künstler/innen aus der Region eine Benefizgala im Stadthaus organisiert. Dank des Verzichts auf eine Gage und vielen Spenden für die Tombola hat sich die enorme organisatorische Arbeit auch finanziell gelohnt.

Alle beteiligten Mannheimer Einrichtungen, so Dr. Claudia Schöning-Kalender, geschäftsführende Vorsitzende des Vereins, bekundeten ihre Solidarität und haben dazu beigetragen, die mit der Durchführung der Veranstaltungsreihe verbundenen Anstrengungen zu meistern. Und die Mitarbeiter/innen des Frauenhauses benötigen weiterhin viel Kraft und Engagement, um bedrohten oder von Gewalt betroffenen Frauen auch in Zukunft alle notwendige Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Kontakt:

Mannheimer Frauenhaus

Telefon (0621) 744242

E-Mail: Frauenhaus-Mannheim@t-online.de

Fraueninformationszentrum

Telefon (0621) 379790

E-Mail: fraueninformationszentrum@t-online.de

Tagung des Pflegevereins ein voller Erfolg

Auf großes Interesse stießen die vom Verein für Anthroposophische Pflege in der Freizeitschule Neckarau angebotenen Schnuppertage.

Über hundert Gäste ließen sich z. B. von Mitarbeiter/innen des Pflegedienstes Sophia praktisch behandeln, konnten sich über anthroposophische Therapien, über Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung oder über das vom Verein in Mannheim geplante Wohn-, Pflege- und Kulturprojekt informieren.

=> Kontakt: Verein für anthroposophische erweiterte Pflege, C 2, 19, 68159 Mannheim,

Tel. 0621-39744-23 und 0621-30948-13,

E-Mail: pflegeverein-ma@web.de, www.anthroposophischer-pflegeverein.de

PLUS bietet Hilfsdienst für Schwule an

Die Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar (PLUS) bietet ehrenamtlichen Krankenbesuchs- und Hilfsdienst für schwule Männer an. Die Versorgung, so Dip.-Psychologe Thomas Heinrich, sei insbesondere für Schwule mit Psychiatrieerfahrung häufig ein Problem.

Interessierte im Rhein-Neckar-Raum können sich melden bei PLUS unter (0621) 3362110 melden.

Skandalurteil: Bahnhofe müssen nicht barrierefrei sein

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Bahnhöfe nicht behindertengerecht sein müssen (Az. 9 C 1.05 und 9 C 2.05).

Mit dem Hinweis auf die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO), in der barrierefreie Zugänge zu den Bahnsteigen erst ab 1000 Fahrgästen pro Tag vorgesehen seien, sei dies „vor dem dargestellten rechtlichen Hintergrund nicht zu beanstanden“. Die Entscheidung ist um so unverständlicher, als der reklamierte Bahnhof in Oberkochen (Baden-Württemberg), um den es ging, bisher ebenerdig zugänglich war. Durch den erfolgten Umbau ist der Bahnsteig nur noch über zwei Treppen sowie eine Fußgängerunterführung erreichbar. Dagegen hatten der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte und der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter gegen das Eisenbahn-Bundesamt eine Verbandsklage erhoben.

Behindertenverbände werten das Urteil als Schlag gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz im Grundgesetz und gegen das Selbstbestimmungsrecht behinderter Menschen, das ohne Mobilität nur auf dem Papier steht. Gefordert wird eine klare gesetzliche Regelung und eine Nachbesserung der EBO.

Eine Verfassungsbeschwerde wird geprüft.

Tipps

Arbeitslosengeld II: Das ändert sich zum 1. April 2006

Für **Personen unter 25 Jahre**, die unter das SGB II fallen, also erwerbsfähig und bedürftig sind, treten schwerwiegende Änderungen in Kraft. So werden bei einem Umzug ohne Zusicherung des zuständigen kommunalen Trägers (§ 22 Abs. 2a SGB II) keine Kosten mehr für Unterkunft und Heizung bezahlt! Auch die Erstausstattung der Wohnung wird bei einem Auszug ohne Genehmigung nicht mehr übernommen. Näheres unter www.vdk.de/de11585, wo auch die Umzugs-Ausnahmeregelungen beschrieben werden und ein download des aktuellen SGB II angeboten wird.

Reiseführer für behinderte Fußballfans

Zusammen mit der Deutschen Fußball Liga hat die Bundesbehindertenfanarbeitsgemeinschaft (BBAG) einen Reiseführer herausgegeben, der Daten über alle Vereine der ersten und zweiten Bundesliga sowie über die Stadien inkl. Zufahrtswege enthält. Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden direkt bei der BBAG (info@bbag-online.de). Sehbehinderte und blinde Menschen können den Reiseführer per E-Mail in elektronischer Form anfordern unter sieger@bbag-online.de.

Selbsthilfe in Mannheim verwurzelt

Mit der Übernahme von Baumpatenschaften haben die Mannheimer Selbsthilfegruppen eindrucksvoll ihre tiefe Verwurzelung ins Gemeinwesen dokumentiert. Im Mannheimer Bürgerpark Wingertsbuckel wurde ein „Rondell der Selbsthilfe“ angelegt, Anlass ist das 25jährige Bestehen des Gesundheitstreffpunktes 2006. Die Baumpatenschaft steht für das Engagement, das die Selbsthilfegruppen in unzählbaren Arbeitsstunden für andere Betroffene erbringen. Die Bäume um den Festplatz bilden einen Kreis, der wiederum symbolisch dafür steht, dass sich in Selbsthilfegruppen Menschen im Kreis Gleichbetroffener austauschen und gegenseitig unterstützen. Viele Gesprächsgruppen führen ihre Treffen tatsächlich im Kreis durch. „Was als Allee geplant war, findet nun als Kreis am Festplatz eine besonders zur Selbsthilfe passende Form“, bedankte sich Dr. Frank Mentrup, der erste Vorsitzende beim Gesundheitstreffpunkt, für die gelungene Aktion.

PM des Gesundheitstreffpunktes.

Termine bis Ende Mai 2006

Do, 20.04. 19.00 Uhr

Armut in Mannheim: Hilfen und Perspektiven. Ref.: Thomas Heilig, DRK. Veranstaltung agenda 21. Mannheimer Akademie für Soziale Berufe, Heinrich-Lanz-Str. 5

Mo, 24.04. 16.00 Uhr

Bezirksbeirat Neckarstadt West/Ost. Bürgerhaus Neckarstadt

Do, 27.04. 16.00 Uhr

Jugendhilfeausschuss. Stadthaus

Fr, 28.04. 17.30 Uhr

Neuentwicklungen medikamentöser Tumortherapien. Ref.: Prof. Dr. Andreas Hochhaus, Onkologisches Zentrum, 3. Med. Klinik. Eine Veranstaltung der Frauenselbsthilfe nach Krebs. Jesuitenkirche (Ignatiussaal), A 4, 1 (geg. Schloss).

Mo, 01.05. ab 09.00 Uhr

Stand der AG Barrierefreiheit auf der **1. Mai-Veranstaltung des DGB.** Marktplatz

Di, 02.05. 16.00 Uhr

Ausschuss für Umwelt und Technik. Stadthaus

Do, 04.05. 18.30 Uhr

Im Anschluss an Mitgliederversammlung des Gesundheitstreffpunktes: Veranstaltung zur **Patientenverfügung.** Ref.: Heidi Haas. Eintritt Nicht-Mitglieder: 3.-EUR. Paritätisches Zentrum, Alhornstr. 2a, 68169 Mannheim

Sa, 06.05. 10.00 – 17.00 Uhr

“Motivieren durch moderieren“. Seminar für Mitglieder v. Selbsthilfegruppen. Mit Marion Schutt. Eintritt 15.-EUR, Mitglieder 12.-EUR. Gesundheitstreffpunkt, Alhornstr. 2a. Anmeldung erforderlich unter (0621) 3391818.

Mo, 08.05. 18.30 Uhr

Treffen **AG Barrierefreiheit.** Paritätisches Zentrum, Alhornstr. 2a, 68169 Mannheim

Di, 23.05. 16.00 Uhr

Gemeinderat. Stadthaus

IMPRESSUM

Paritätischer Kreisverband Mannheim
Alhornstr. 2a, 68169 Mannheim
Tel. (0621) 336749-9, Fax (0621) 336749-7
Email: paritaet-mannheim@t-online.de
Bürozeiten: Mo – Do, 9-16 Uhr
Redaktionsschluss: Do, 23.03.2006